

REDEBEITRAG DER SEEBRÜCKE | TAUCHA, 06.03.2020

Heute wird hier in Taucha die Bühne dem AFD-Parteivorsitzenden Tino Chrupalla geboten. Dieser hatte sich vor kurzem darüber beschwert, dass die Medienberichterstattung und politisch Andersdenkende die AFD in eine sogenannte "rechtsextreme Richtung" rücken würden.

Es soll also an Menschen und Institutionen außerhalb der Partei liegen, dass die AFD mit den rassistischen Morden von Hanau in Verbindung gebracht wird.

Wir sagen, Nein! Die AfD ist eine rechtsradikale Partei und beweist das immer wieder.

Höcke redet auf Pegida Demos. Verschiedene Mitglieder der Partei, unter anderen die heute anwesenden Boehringer und Chrupalla, schrecken vor Nazi-Begriffen nicht zurück. Jörg Meuthen und Alice Weidel bejubeln das Vorgehen der Polizei an der türkisch-griechischen Grenze. Dass dort Menschen erschossen werden, scheint dem nichts abzutun.

Die Partei zielt mit ihrer Rhetorik auf Hass und trägt maßgeblich zu einem rassistischen Klima bei, in dem rechtsterroristischen Anschläge wie die in Hanau oder in Halle verübt werden.

Während sie hier drinnen ihre treue Anhänger*innen gegen jene aufhetzt, die schutzsuchend den kalten Mauern Europas ausgeliefert sind, lassen die europäischen Spitzenpolitiker*innen in Brüssel die Festung Europa zur grausamen Realität werden:

Kriegsschiffe statt Seenotrettung, unterlassende Hilfeleistungen und push-backs durch Mitgliedsstaaten der Union. Die EU-Außengrenzen werden militarisiert und das Menschenrecht auf Asyl ist in Griechenland ausgesetzt. Uniformierte schießen auf Menschen. Lokale und internationale Faschist*innen treffen sich auf Lesbos, um Journalist*innen, NGO-Mitarbeiter*innen und Schutzsuchende zu verfolgen und anzugreifen.

Die Gewalt gegen Menschen entlang der Landesgrenzen und auf See eskaliert.

Trotz alledem sieht die Bundesregierung weiterhin von der freiwilligen Aufnahme geflüchteter Menschen ab, um „keine falschen Signale zu senden».

Erst am Mittwochabend entschied der Bundestag über einen Antrag der Fraktion Bündnis 90/die Grünen. Dieser forderte die Aufnahme von 5000 besonders schutzbedürftigen Menschen. Das, sind vor allem unbegleitete Kinder und Jugendliche aus den maßlos überfüllten griechischen Lagern. Dieser Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Stattdessen schickt die EU-Kommissionspräsidentin Ursula Von der Leyen lieber noch mehr Frontextruppen als "Unterstützung" an die EU-Außengrenzen.

Es ist ein tödlicher Irrtum zu glauben, dass man durch militanten Grenzschutz, Kriegsrhetorik und der Aufrüstung des Mittelmeers, die Rechtsstaaten der Europäischen Union schützen könnte. Das ist Nachgeben gegenüber rassistischen Stimmen von AfD und Co.!

Die europäischen Regierungen betreiben eine mörderische Abschottungspolitik! Sie zeigen, dass die Würde des Menschen sehr wohl antastbar sein kann - jedenfalls dann, wenn Menschen auf der anderen Seite des Stacheldrahtzauns der europäischen Union stehen!

Lasst uns geschlossen und lautstark dafür eintreten, dass Menschen auf der Flucht und in den Flüchtlingslagern an den europäischen Außengrenzen menschenwürdig behandelt und evakuiert werden!

Wir sagen:

Wir, können und wir wollen geflüchtete Menschen willkommen heißen! Wir wollen dafür kämpfen, dass diese Menschen wieder von einer Zukunft träumen, statt verzweifelt und unter inhumanen Bedingungen staatlicher Willkür ausgesetzt zu sein!

Wir lassen uns nicht von einer faschistischen Politik erpressen! Unsere Stimme muss lauter sein, als die der rechtsradikalen Lobbyist*innen und Faschist*innen hier und in den Parlamenten. Für Menschenrechte ohne Grenzen! Gegen die grausame Realität einer Festung Europa und den salonfähigen Faschismus der AFD!

Grenzen auf, überall, Stacheldraht zu Altmetall!

Liebe Grüße
Die Leipziger Seebrücke